

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/130

Bad Godesberg, den 12. Juli 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeiler</u>
1 - 1a	<u>De Gaulle in Bonn</u> Zum Besuch des französischen Staatspräsidenten Von Günter Markscheffel	69
2 - 3	<u>Eine schlechte Tradition</u> Echos der Zeit und "gesteuerte Gerüchtmacherei"	66
4	<u>Weltstadt Hamburg im Ausbau</u> Geschäftsstadt Nord - ein Kühner Plan Von Dierk Jessen	51
5 - 6	<u>Algerische Bilanz</u> Wachsender sowjetischer Einfluß Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	60
7	<u>Deutsche in Venezuela</u> Großzügige Minderheitenpolitik Von einer gelegentlichen Mitarbeiter	42

*

*

De Gaulle in Bonn

Zum Besuch des französischen Staatspräsidenten

Von Günter Markscheffel

Wir Deutschen können es wohl nicht anders: Jedesmal, wenn die Bundesrepublik einen hohen Gast erwartet, kommt aus dem deutschen Blätterwald eine zum Teil recht unerfreuliche Begleitmusik. So auch jetzt wieder aus Anlaß des Besuchs von Staatspräsident de Gaulle in Bonn. Teils wird so getan, als seien wir eine Weltmacht und könnten das Handeln und Denken anderer Staatsmänner bestimmen, teils ergeht man sich in tiefsinnigen Betrachtungen darüber, ob dies oder jenes Anlaß zu Enttäuschungen gebe.

Was die Begleitmusik zum de-Gaulle-Besuch anbetrifft, so ist sie im Grunde nichts anderes als die Widerspiegelung alter Meinungsverschiedenheiten innerhalb der CDU/CSU über das deutsch-französische Verhältnis. So konnte man z.B. aus dem Bundeskanzleramt recht unterschiedliche Versionen über die Konsultationen zwischen Paris und Bonn während der Nahost-Krise hören. Einmal hieß es, die Konsultation sei ungenügend gewesen, zum anderen wurde hervorgehoben, wie hervorragend sie funktioniert habe...

Die SPD läßt sich durch derlei Scharmützel nicht beirren. Sie steht der französischen Politik, wie sie von de Gaulle seit 1958 gemacht wird, sehr realistisch gegenüber. Frankreich ist der große Nachbar der Bundesrepublik Deutschland und ohne Frankreich gibt es - ganz gleich, wie der jeweilige Regierungschef heißen mag - keine europäische Politik. Infolgedessen läßt sich die SPD bei der Beurteilung der französischen Politik nicht von Emotionen leiten.

- * Diese Einstellung hat sich bewährt. Kurz vor Bildung der neuen Bundesregierung war das deutsch-französische Verhältnis unter den Nullpunkt gelangt. Jetzt ist es so, daß man offen miteinander spricht, keine Winkelzüge macht und systematisch an die Lösung jener Probleme gemeinsam herangeht, die man bei Kenntnis von Meinungsverschiedenheiten in anderen Fragen für lösbar hält.

Tatsache ist, daß die Konsultation zwischen Paris und Bonn während der Nahost-Krise gut funktioniert hat, was nicht besagt, daß man imstande gewesen wäre, eine gemeinsame Politik zu entwickeln. Dabei muß man anerkennen, daß es für die von de Gaulle eingenommene Haltung, die gewiß von vielen Beobachtern mit Skepsis betrachtet wird, einige

rationelle Gründe gibt. Sicher wird auch deshalb während des Aufenthalts des französischen Staatspräsidenten in Bonn zu diesen Problemen einiges zu sagen sein, wobei im Vordergrund die Frage stehen dürfte, wie im Nahen Osten der Friede wiederhergestellt werden kann. Diese Zielsetzung entspricht gleichermaßen den Interessen Frankreichs und der Bundesrepublik.

Die Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Beitritts Englands, Islands und Dänemarks zur EWG sind bekannt. Es besteht keine allzu große Hoffnung, daß man jetzt hierbei einen großen Schritt weiterkommen kann. De Gaulle hat seinen Außenminister Couve de Murville erst vor wenigen Tagen in Brüssel bekanntgeben lassen, welche Haltung Frankreich zu diesem Problem einnimmt. Man muß also davon ausgehen, daß bei den jetzt in Bonn geführten Gesprächen keine wesentlichen neuen Momente auftreten werden.

- * Ein ganz wichtiger Punkt dagegen ist der Komplex der europäischen Sicherheitsfragen mit dem Blick auf die siebziger Jahre. Als der französische Ministerpräsident Pompidou kürzlich in Moskau war, wurde zum Abschluß seines Besuchs ein gemeinsames sowjetisch-französisches Kommuniqué veröffentlicht, das in dieser Beziehung einige Hinweise enthält, die für die Bundesrepublik wichtig sind.
- * Bekanntlich stellt auch die neue Bundesregierung zur Zeit Überlegungen für die Entwicklung einer gerechten Friedensordnung in Europa an, die keineswegs nur kurzfristig sind.

Auf diesem weiten Feld der Planungen für die Entspannung und die Errichtung eines Sicherheitssystems in Europa ergeben sich zahlreiche Berührungspunkte mit ähnlichen französischen Überlegungen. In dem Rahmen einer solchen Politik muß auch die Diskussion über die Rolle der Bundeswehr in der Allianz gestellt werden. Hierbei handelt es sich nicht nur um ein Finanzproblem, sondern um die Fixierung der Rolle deutscher Streitkräfte auf dem Weg zu einer europäischen Friedensordnung.

Alles dies bedeutet, daß die Bundesregierung bei ihren Konsultationsgesprächen mit dem französischen Staatspräsidenten und seinen Ministern ohne Illusionen und Emotionen, aber mit dem klaren Blick für die politischen Notwendigkeiten Europas das deutsch-französische Verhältnis weiter austaut und festigt.

Eine schlechte Tradition

Echo der Zeit und "gesteuerte Gerüchtemacherei"

W.R. - Es ist eine schlechte Tradition gewisser Kreise in Deutschland, daß sie immer wieder den untauglichen Versuch unternehmen, die Sozialdemokratie im Ansehen der Öffentlichkeit mit dem Odium der Unzuverlässigkeit zu umgeben. Der verstorbene Altbundeskanzler hatte in dieser Beziehung nur eine schlimme Tradition fortgesetzt, die mit Bismarck begann, im sogenannten Dritten Reich sich zur Hysterie entwickelte und noch heute in manches Bürgers lädiertem Ohr als angenehme Wohlgerüche betrachtet werden. Wen wundert es, wenn die Nachfahren des "Alten" sich weiter mit ihren ungestimmten Instrumenten in Platzmusik versuchen? Schrieb vor einigen Tagen eine große, der CDU nahestehende Wochenzeitung u.a. folgende Passagen:

- * "Die SPD-internen Meinungsverschiedenheiten...konnten nur deshalb
- * eingedämmt werden, weil alle Mitglieder, Gruppen und Richtungen
- * über alle Differenzen hinweg einig waren in dem Bemühen, Wahlen zu
- * gewinnen und die Regierungsverantwortung zu übernehmen...In dieser
- * Auseinandersetzung müßte gleichwohl dann keine Gefahr gesehen wer-
- * den...wenn nicht befürchtet werden müßte, daß die SPD das Opfer
- * ihrer Wahlversprechungen zu werden droht usw..."

Selbstverständlichkeiten, wie zum Beispiel, daß Parteien um die politische Macht kämpfen, werden, wenn es die SPD betrifft, zur hintergründigen Infamie ausgeweitet. Daß die übrigen Parteien "über alle Gruppen, Differenzen und Richtungen hinweg", auch um das Mandat des Wählers gerungen haben, wird als demokratische Selbstverständlichkeit angesehen. Hier kämpft des Bürgers redlicher Sinn um Einfluß, und das ist natürlich gerechtfertigt.

Wer wollte bestreiten, daß es in der SPD Diskussionen gibt? Warum auch nicht? Das muß so sein! Wer noch nicht begriffen hat, daß eine lebendige Partei nur existieren kann, wenn ein Gedankenaustausch stattfindet und wenn die Meinungen ausgesprochen werden, der sollte es endlich in sich aufnehmen, daß die SPD kein steinerner Monolith ist, der leblos in der Landschaft zur Ansicht herumliegt.

Und wo gäbe es solche Auseinandersetzungen nicht? Vielleicht erinnern sich die Schreiber obiger Sätze und ihre Nachbeter daran, daß erst vor einigen Tagen eine Tagung der "Sozialausschüsse" über die Bühne ging und daran, was z.B. der "Wirtschaftsrat der CDU" über die Forderungen der Sozialausschüsse denkt. Oder es sei der tröstenden Worte

gedacht, die der Kanzler und Parteivorsitzende seinem Generalsekretär zukommen lassen mußte.

Wir erwähnen das und vieles andere nicht, um zu demonstrieren, daß die CDU/CSU nun aktionsunfähig würde und damit die Koalition in Gefahr geriete. Wir erwähnen es, um zu zeigen, daß Auseinandersetzungen die Norm demokratischer Parteien sind. Wenn von Gruppeninteressen die Rede ist, dann sollte untersucht werden, in welcher Partei die Gruppierungen am schärfsten ausgeprägt sind. Die SPD hält diesen Vergleich aus. Wer Richtungskämpfe in der SPD konstruiert und daraus eine Art Hinrichtung für die Partei sehen möchte, hält bestimmt ein Leeres Seil in seinen Händen.

Eines hat sich allerdings geändert; die Querschläger kommen zur Zeit nicht aus den Koalitionsparteien. Die Auguren suchen interne Diskussionen zu Parteischlachten auszuweiten. Sie haben ihr Tätigkeitsfeld auf die parteipolitisch "neutrale" Ebene verlegt. Das Echo, das auf solche unzeitgemäßen Auslassungen erfolgt, findet bekanntlich manchen Nachahmer. Von Copyright wird großzügig Gebrauch gemacht.

Wir brachten dieses "Echo der Zeit", weil es symptomatisch für die Gedanken manchen Bürgers ist. Er möchte gern lesen, was er im innersten seines Innern denkt: Untergang der SPD. Hätten die Redakteure diese Zeitechos ihr Blatt übrigens etwas gründlicher studiert, dann wäre ihnen der Leitartikel in der gleichen Ausgabe aufgefallen. Dort steht nämlich, was der SPD unterstellt wird. Es heißt:

- * Wer auf Steuervorteile oder Subventionen verzichten soll, wird
- * geneigt sein, Winkelzüge gegen das Gesamt paket zu unterstützen...
- * In schlechter Erinnerung ist uns das Schicksal etwa des "Sozial-
- * paketes". Zwei Bundesregierungen haben sich an diesem harten Brok-
- * ken den Magen verdorben..."

Und: "Es gibt eben gesteuerte Gerüchtemacherei..."

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Weltstadt Hamburg im Ausbau

Geschäftsstadt Nord - ein kühner Plan

Von Dierk Jessen

Eines der kühnsten Projekte Hamburgs gewinnt immer deutlicher an Profil. In der Geschäftsstadt Nord wurde das sechste von zwölf Bürohäusern im ersten Bauabschnitt gerichtet. Seit der ersten Grundsteinlegung in diesem Großvorhaben sind weniger als drei Jahre vergangen.

Die Geschäftsstadt Nord ist der Versuch Hamburgs, die Schwierigkeiten zu bewältigen, vor denen heute fast alle Großstädte der Welt stehen: Wirtschaftliche Expansion, wachsender Bedarf an Dienstleistungsbetrieben und das starke Anwachsen des Verkehrs belasteten die Hamburger City unerträglich. Dem Mangel an Geschäfts- und Büroraum in der Innenstadt konnte Hamburg nur begegnen, wenn es durch eine dichtere Bebauung das traditionelle Stadtbild zwischen Elbe und Alster zerstörte. Das sollte verhindert werden. Es mußte in einem Wirtschaftszentrum, wie es Hamburg ist, großen Verwaltungen und Unternehmen ein ausreichendes Angebot an zusammenhängenden Arbeits- und Betriebsflächen geschaffen werden.

Nach einer Idee des Städtebauers Professor Hebetrand entschloß sich der Senat, Gelände für die Errichtung eines neuen Geschäftszones als Ergänzung und Entlastung der Innenstadt bereitzustellen. Nur sechs Kilometer vom Zentrum entfernt, bot sich für diesen Zweck ein verkehrsgünstig gelegenes Gebiet an, das nur dünn besiedelt war. Auf 120 ha städtischem Gelände finden dreißig bis vierzig Bürohäuser Platz, nach Abschluß des Projektes werden in der neuen Geschäftsstadt rund 35.000 Menschen arbeiten.

Das Gebiet, dessen Räumung den Bau von ungefähr 1.200 Wohnungen erforderte, liegt zwischen zwei Linien der U- und S-Bahn. Auf der dritten Seite wird es durch die projektierte Stadtautobahn begrenzt. Zur City bestehen beiderseits der Alster gute Straßenverbindungen. Die Verkehrslage soll durch den Bau einer weiteren U-Bahnlinie verbessert werden, die unmittelbar unter der neuen Geschäftsstadt hindurchführen wird. Umfangreiche Straßenbauten haben das Gelände inzwischen erschlossen und für den Anschluß an das vorhandene Straßensystem gesorgt.

Die Wirtschaft in Hamburg hat gemeinsam mit Senat und Bürgerschaft das Vorhaben schwingvoll vorangetrieben. Der von der Verwaltung gelegte Plan legte nur den Rahmen der Aufschließung, sowie die Bestimmungen über Art und Ausmaß der Nutzung fest. Die Unternehmer, die sich dort ansiedeln, sind frei in der Gestaltung ihrer Bauten. Umfangreiche Architekten-Wettbewerbe brachten wegweisende Entwürfe. Die Geschäftsstadt Nord ist somit mehr als ein wirtschaftliches Projekt. Sie ist auch ein Beitrag zum modernen Städtebau. Die neue Geschäftsstadt Nord wird nicht die alte City ersetzen. Sie soll sie entlasten, ein zweiter Pol für die hamburgische Wirtschaft sein. Die alte Innenstadt, unentbehrlich für Unternehmen, die die Nähe von Hafen und Börse suchen, wird weiterleben. Die neue Geschäftsstadt ist ein Zeichen für die Kraft Hamburgs, sich veränderten Gegebenheiten anzupassen. Um es mit einem Wort des Ersten Bürgermeisters Professor Dr. Weichmann zu sagen: "Hamburg hat mit dem Projekt der Geschäftsstadt Nord den kühnen Versuch unternommen, unserer Stadt so etwas wie ein zweites Herz einzupflanzen, von dem neue Kraftströme in den weitverbreiteten Organismus der hamburgischen Wirtschaft fließen können" 5-

Algerische Bilanz

Wachsender sowjetischer Einfluß

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der fünfte Jahrestag der algerischen Unabhängigkeit steht im Zeichen außenpolitischer Auseinandersetzungen. Der von Oberst Boumedienne erklärte Kriegszustand gegen Israel ist kein bloßes Ablenkungsmanöver von innenpolitischen Schwierigkeiten, sondern wird zur Grundlage der gesamten algerischen Situation: Massenmobilisierung gegen den "Imperialismus", der von der offiziellen Propaganda abwechselnd als amerikanisches, westeuropäisches oder zionistisches Gespenst bezeichnet wird. Als Boumedienne vor einigen Jahren den algerischen Staatspräsidenten Ben Bella verhaften ließ, glaubte man, Algerien werde nunmehr konservative oder gemäßigte Wege beschreiten. In Wirklichkeit hat der Oberst die radikalen panarabischen, großafrikanischen und "sozialistischen" Thesen Ben Bellas in die Tat umgesetzt. Die innenpolitischen und sozialen Probleme Algeriens bleiben ungelöst, die Außenpolitik bewegt sich dafür im übersteigerten Großraumdenken.

Zwischen Moskau, Peking...

Die sowjetische Waffenhilfe für Algerien nimmt laufend zu. Die letzten Großlieferungen von Mig-Flugzeugen und anderem Kriegsmaterial übersteigen das normale Maß sowjetischen Militärbestandes. Ein Teil des Materials wird wahrscheinlich an die VAR weitergeliefert. Seit dem Juni-Waffenstillstand wurden Teile der algerischen Panzerbattalione in den Nahen Osten geschickt. Boumedienne scheint entschlossen zu sein, Nasser in der politischen und militärischen Führung der arabischen Länder den Rang abzulaufen. Nach einer vorübergehenden Trübung zwischen Algier und Moskau, während der Nahost-Krise, können die algerisch-sowjetischen Beziehungen wieder als ausgezeichnet angesehen werden. Oberst Boumedienne konferierte tagelang im Kreaml und mußte einsehen, daß er die Sowjetführung von ihrer Generallinie der "friedlichen Koexistenz" nicht abbringen kann, wie er es vor seiner Reise gehofft hatte.

Es ist kein Geheimnis, daß der algerische Präsident von einer Reihe von Kännern umgeben ist, die nach Peking Ausschau halten und den

chinesischen Thesen näherstehen als den sowjetischen Spielregeln. Vorerst aber hat der Kreml, bedingt durch die geographische Nähe und durch sein materielles Gewicht in Algier, ebenso wie in Kairo und Damaskus, chinesische Einflüsse zurückgedrängt. Der Generalsekretär des algerischen Kriegsministeriums, Abdelkader Chabon, Vertrauensmann des Oberst-Präsidenten, hat Anfang Juli einen größeren Einsatz sowjetischer Spezialisten zur Reorganisierung der ANP (Algeriens "Armée Nationale Populaire") durchgesetzt. Algerische Offizierschüler, die während der Verstimmung zwischen Algier und Moskau aus den Ostblockländern abgezogen werden sollten, bleiben nun weiter in ihren Ausbildungsstätten. Eine sowjetische Militärdelegation unter Führung des Oberkommandierenden des Warschaupaktes, Marschall Jakubowski, traf in der ersten Juliwoche in Algier ein.

Algier und Paris

Parallel zu dieser Entwicklung sinkt der westliche Einfluß in diesem früheren französischen "Département". Das könnte eines Tages auch die verbleibenden französischen Positionen treffen. Die meisten Franzosen, einschließlich der demokratischen Linken, stehen de Gaulles gegenwärtiger Algerienpolitik ablehnend gegenüber. Boumediennes Propaganda geißelt deshalb die französische "Pseudo-Linke", die, einschließlich des früheren FLN-Freundes Jean-Paul Sartre, während der Nahost-Krise eine Lanze für Israel brach.

Die guten offiziellen Beziehungen zwischen Algier und Paris beruhen fast ausschließlich auf einer "persönlichen" Diplomatie General de Gaulles. Der französische Staatspräsident befindet sich mit seinem algerischen und nahöstlichen Kurs derzeit in offenem Widerspruch mit dem Großteil der französischen öffentlichen Meinung. Es ist bekannt, daß de Gaulles Nahostpolitik selbst in gaulistischen Regierungskreisen auf Widerspruch stößt. Selbstverständlich ist auch Algier über diese Tatsachen unterrichtet und stellt sich die Frage, was aus den französisch-algerischen Beziehungen nach de Gaulles Abgang werden mag.

Deutsche in Venezuela

Großzügige Minderheitenpolitik

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

In diesem Jahr feiert die deutsche Kolonie Tovar, nur 50 Kilometer von der venezolanischen Hauptstadt Caracas entfernt, ihren 125. Geburtstag. Caracas ist ebenfalls "Geburtstagskind", wenn es auch schon 400 Jahre "jung" ist.

Die deutsche Kolonie, in deren Umgebung etwa 30.000 Menschen leben, umfaßt im unmittelbaren Stadtbereich etwa 6.000 Einwohner. Die Kolonie vereint in sich die Eigenschaften des Deutsch- und Venezolanertums. Dank einer großzügigen Minderheitenpolitik der venezolanischen Regierung, beließ sie der Kolonie auch in Kriegszeiten die volle Entfaltungsfreiheit. Heute ist aus ihr eine Oase der Ruhe und Erholung für viele venezolanische Großstädter geworden.

Vor 125 Jahren kamen die ersten Siedler aus dem Schwarzwald. Sie setzten sich durch, wenn sie auch gegen Hunger und ein trockenes Klima kämpfen mußten oder den Schlangenbissen erlagen. Tovar ist nicht nur ein landwirtschaftliches und touristisches Zentrum - eine deutsche Stadt in Venezuela, in der zum Erstaunen vieler Fremder beide Sprachen gleichberechtigt gesprochen werden - dank der Anhänglichkeit der Bewohner an angestammte Gebräuche und dank der Förderung der deutschen Sprache durch deutsche und venezolanische Behörden: es ist auch ein Zentrum der Kunst. Die Fachwerkbauten im Schwarzwälder und obertayerischen Stil, das blühende Kunsthandwerk (es gibt sogar einen Orgelbauer, der seine Instrumente in ganz Lateinamerika absetzt), die typisch deutschen Möbel, von kundiger Hand fachmännisch geschreinert, die Töpferei, die Malerei... all dies hat der deutschen Kolonie großes Ansehen eingetragen.

Viele venezolanische Künstler sind stolz darauf, aus der "Schule von Tovar" hervorgegangen zu sein. Nachdem die Stadt 1963 dem Fremdenverkehr voll erschlossen worden ist, steht auch die deutsche Gastronomie in voller Blüte. Hotels wie der "Kaiserstuhl" und Gaststätten wie "Oberbayern" (mit spanischer Übersetzung "Alta Baviera") haben Hochbetrieb. Schon sind einige Erholungsparks und künstliche Seen entstanden, es existieren ein Theater, mehrere Kinos und sogar ein Nachtclub. Gegenwärtig entsteht ein großer Saalbau mit einer Stadtbibliothek für umgerechnet 200.000 Mark, nach Art der hessischen Dorfgemeinschaftshäuser, die bei diesem Projekt als Vorbild dienten.

Wie sehr die Tovaraner, die an Sonntagen in ihren Volkstrachten dem bunten Leben Venezuelas einen europäischen Farbtupfer aufsetzen, in ihrer neuen Heimat Deutsch- und Venezolanertum harmonisch miteinander zu verschmelzen wissen, mag der Kirchplatz zeigen: vor der im Fachwerkstil erbauten katholischen Kirche erhebt sich das Denkmal des Befreiers Simón Bolívar, des Nationalhelden Venezuelas. Tovar ist eine Stätte der Begegnung zweier Welten, die einander viel zu geben haben.